

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Jutta Krellmann, Susanne Ferschl, Matthias W. Birkwald, Sylvia Gabelmann, Dr. Achim Kessler, Katja Kipping, Jan Korte, Pascal Meiser, Cornelia Möhring, Sören Pellmann, Jessica Tatti, Harald Weinberg, Pia Zimmermann, Sabine Zimmermann (Zwickau) und der Fraktion DIE LINKE.**

### **Körperliche Arbeit und Gesundheit in Deutschland**

Über psychische Belastungen bei der Arbeit wird in Deutschland viel gesprochen und das aus gutem Grund: Die Anzahl der Krankentage aufgrund von psychischen und Verhaltensstörungen hat sich zwischen 2007 und 2017 von knapp 48 auf 107 Millionen mehr als verdoppelt, wie aus der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 19/8688 hervorgeht.

Weniger beachtet wird stattdessen, dass viele Menschen in Deutschland täglich körperlich belastende Arbeit leisten. Die Erwerbstätigenbefragung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) und der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) 2018 spricht eine deutliche Sprache: körperliche Belastungen sind keineswegs aus der Arbeitswelt verschwunden. Nicht selten sind Beschäftigte dabei Belastungen ausgesetzt, die negative Auswirkungen auf die Gesundheit haben.

Das Wissenschaftliche Institut der AOK (WIdO) hat festgestellt, dass die krankheitsbedingten Fehltag von Beschäftigten eng verknüpft mit deren beruflicher Tätigkeit sind ([bit.do/impuls1512](http://bit.do/impuls1512)). Demnach sind Beschäftigte in Branchen mit körperlich belastender Arbeit häufiger krank als Beschäftigte in anderen Branchen. Eine besondere Bedeutung in diesem Zusammenhang haben Muskel-Skelett-Erkrankungen. Die BAuA weist darauf hin, dass sich arbeitsbedingte Muskel-Skelett-Erkrankungen häufig auf körperlich schwere Arbeit bzw. physische Fehlbeanspruchungen zurückführen lassen (<https://t1p.de/jgse>).

Die Fragestellenden wollen wissen, wie es um negative Belastungen im Zusammenhang mit körperlicher Arbeit in Deutschland steht und befragen dazu die Bundesregierung.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie viele Arbeitsunfähigkeitstage (AU-Tage) in Millionen aufgrund von Erkrankung am Muskel-Skelett-System gab es nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2016, 2017 und 2018, und wie stellen sich diese Werte im Vergleich zum Jahr 2007 dar (bitte für die einzelnen Jahre sowohl in absoluten Zahlen als auch als Anteil an allen Diagnosegruppen darstellen, bitte nach Geschlecht, Alter und nach Bundesländern differenzieren)?

2. Wie viele durchschnittliche AU-Tage je 100 Versicherte in der Diagnosegruppe Erkrankungen am Muskel-Skelett-System gab es nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2016, 2017 und 2018, und wie stellen sich diese Werte im Vergleich zum Jahr 2007 dar (bitte für die einzelnen Jahre sowohl in absoluten Zahlen als auch als Anteil an allen Diagnosegruppen darstellen, bitte nach Geschlecht, Alter und nach Bundesländern differenzieren)?
3. In welchen Branchen war nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2006, 2012 und 2018 die Anzahl der durchschnittlichen Arbeitsunfähigkeitstage pro Beschäftigten am höchsten (bitte nach Branchen ausweisen und in Summe sowie nach Bundesländern und Geschlecht aufschlüsseln)?
4. Welche Diagnosen waren nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2006, 2012, 2016, 2017 und 2018 am häufigsten Grund für Krankschreibungen (bitte nach Branchen sowie nach Bundesländern und Geschlecht aufschlüsseln)?
5. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Anzahl der Beschäftigten, die schwere Körperarbeit (Ganzkörperarbeit), sehr schwere Körperarbeiten oder mittelschwere Körperarbeit leisten (bitte in Summe und nach prozentualem Anteil an allen Beschäftigten, nach Arten der Schwere sowie nach Bundesländern, Branchen, Alter und Geschlecht ausweisen)?
6. Welche internationalen und europäischen Normen gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung, um die schwere körperlicher Arbeit zu definieren, und inwiefern finden diese in Deutschland Anwendung?
7. Inwiefern wird nach Kenntnis der Bundesregierung schwere körperliche Arbeit bei den Gefährdungsbeurteilungen berücksichtigt?
8. Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der Beschäftigten, die der körperlichen Anforderung „Arbeiten im Stehen“ in den Jahren 2006, 2012 und 2018 ausgesetzt waren im Vergleich zu allen Beschäftigten (bitte nach Bundesländern, Branchen und Geschlecht sowie Wochenarbeitszeit: Teilzeit bzw. Vollzeit ausweisen)?
9. Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der Beschäftigten, die der körperlichen Anforderung „schwer Heben und Tragen“ in den Jahren 2006, 2012 und 2018 ausgesetzt waren im Vergleich zu allen Beschäftigten (bitte nach Bundesländern, Branchen und Geschlecht sowie Wochenarbeitszeit: Teilzeit bzw. Vollzeit ausweisen)?
10. Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der Beschäftigten, die der körperlichen Anforderung „Arbeiten mit den Händen“ in den Jahren 2006, 2012 und 2018 ausgesetzt waren im Vergleich zu allen Beschäftigten (bitte nach Bundesländern, Branchen und Geschlecht sowie Wochenarbeitszeit: Teilzeit bzw. Vollzeit ausweisen)?
11. Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der Beschäftigten, die der körperlichen Anforderung „Arbeiten in Zwangshaltungen“ in den Jahren 2006, 2012 und 2018 ausgesetzt waren im Vergleich zu allen Beschäftigten (bitte nach Bundesländern, Branchen und Geschlecht sowie Wochenarbeitszeit: Teilzeit bzw. Vollzeit ausweisen)?
12. Wie viele Personen sind in den Jahren 2016, 2017 und 2018 wegen verminderter Erwerbsfähigkeit aufgrund von Muskel-Skelett-Erkrankungen vorzeitig in die Rente eingetreten, und wie stellen sich diese Werte im Vergleich zu den Jahren 1996, 2006 und 2012 dar (bitte für die einzelnen Jahre sowohl in absoluten Zahlen als auch als Anteil an allen Renteneintritten darstellen, bitte nach Geschlecht, Alter und nach Bundesländern differenzieren)?

13. Wie hoch waren nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2016, 2017 und 2018 die gesamtgesellschaftlichen Kosten, die durch Muskel-Skelett-Erkrankungen verursacht wurden, und wie stellen sich diese Werte im Vergleich zu den Jahren 1996, 2006 und 2012 dar (bitte für die einzelnen Jahre nach direkten und indirekten Kosten differenzieren)?
14. Liegen der Bundesregierung Zahlen zu den gesamtgesellschaftlichen Kosten vor, und wenn nein, warum werden hierzu keine Daten erhoben (bitte begründen), und inwiefern liegen der Bundesregierung volkswirtschaftliche Kostenschätzungen auf Grundlage von Arbeitsunfähigkeitsdaten für die Jahre 1996, 2006, 2016, 2017 und 2018 vor (bitte für die einzelnen Jahre nach direkten und indirekten Kosten differenzieren)?
15. Teilt die Bundesregierung die Auffassung des WIdO ([bit.do/impuls1512](http://bit.do/impuls1512)), dass bestimmte Erkrankungen bei körperlich belastenden Tätigkeiten besonders häufig auftreten, und was tut die Bundesregierung, um die betroffenen Beschäftigten zu schützen (bitte begründen)?
16. Sind nach Kenntnis der Bundesregierung Beschäftigte, die körperlich arbeiten, in einem höheren Maße gefährdet, Arbeitsunfälle zu erleiden als Beschäftigte, die nicht körperlich arbeiten (bitte begründen)?
17. Sind nach Kenntnis der Bundesregierung Beschäftigte, die körperlich arbeiten, in einem höheren Maße gefährdet eine Berufskrankheit zu entwickeln, als Beschäftigte, die nicht körperlich arbeiten (bitte begründen)?
18. Was tut die Bundesregierung und ihr nachgeordnete Behörden, wie die BAuA, um zu verhindern, dass Beschäftigte durch körperliche Arbeit krank werden?
19. Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Fragesteller, dass in Deutschland Arbeitsschutzkontrollen nicht in ausreichendem Maße durchgeführt werden, um Beschäftigte wirksam vor arbeitsbezogenen Gesundheitsgefahren zu schützen (bitte begründen)?
  - a) Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Fragesteller, dass in Deutschland mit einer staatlichen Aufsichtsperson für 14 000 Beschäftigte (vgl. Bundestagsdrucksache 19/7218), die Vorgaben des ILO-Übereinkommens 81 verfehlt werden, die eine staatliche Aufsichtsperson für 10 000 Beschäftigte vorsehen (vgl. <https://t1p.de/rq5b>)?
  - b) Was tut die Bundesregierung dafür, die Bundesländer zu unterstützen, dass in Deutschland flächendeckend und wirksam Arbeitsschutzkontrollen durchgeführt werden?
20. Inwiefern beabsichtigt die Bundesregierung, die Europäische Sozialcharta zu ratifizieren, um den Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Deutschland zu verbessern, und wenn nein, warum will die Bundesregierung die Charta nicht ratifizieren?

Berlin, den 13. Mai 2019

**Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion**

